

Initiative ProVerfassung Sachsen-Anhalt „Die Erstunterzeichner“ MD, 04.05.2020

An die Landtagsabgeordneten von Sachsen-Anhalt

Wir sind in großer Sorge um die Gesundheit, das soziale wie ökonomische Wohlergehen der Bürger unseres Landes und in besonderem Maße um unsere demokratische Grundordnung.

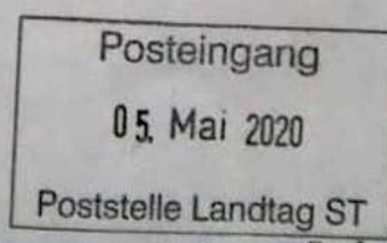
Hiermit richten wir folgende Forderungen an sie:

1. Rücknahme aller in Zusammenhang mit Covid-19 stehenden Gesetze und Verordnungen, da diese nicht mit der Landesverfassung in Einklang stehen, gegen diese grob verstoßen.
2. Einberufung einer von der Regierung unabhängigen Untersuchungskommission unter Einbeziehung unabhängiger Experten aus den Fachgebieten der Medizin (Epidemiologie, Virologie, Gesundheitswissenschaften u. a.), der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Sozialwissenschaften (Wohnort in Sachsen-Anhalt) zwecks Prüfung aller bisherigen im Zusammenhang mit Covid-19 getroffenen Maßnahmen und der Ausarbeitung wirksamer und angemessener Strategien zum Schutz von Risikogruppen. Der gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Bezug ist zu berücksichtigen.

Die durch die Gesundheitsämter an das Robert-Koch-Institut (RKI) übermittelten Zahlen, der an/mit Covid-19-Erkrankten in Sachsen-Anhalt belegen, dass zu keinem Zeitpunkt die Gefahr einer Überlastung medizinischer Einrichtungen, konkret der Intensivstationen, bestand. Seit dem 19.03.2020, also noch vor dem Lockdown, ist die Zahl der Erkrankten rückläufig. Auch die Zahl der an und mit Covid-19 Verstorbenen in Sachsen-Anhalt, per 02.Mai 2020 (44 Menschen), zeigt deutlich, dass diese Maßnahmen unverhältnismäßig sind. Die bestehende Gefahr, welche von diesem Virus für die Menschen in Sachsen-Anhalt ausgeht, ist nicht größer als beispielsweise durch die Grippewelle 2017/2018. Im Gegensatz dazu sind die Folgen durch den Lockdown katastrophal für die physische und psychische Gesundheit. Wegen der unbegründeten Angst- und Panikmache, vorrangig durch die Medien verursacht, trauen sich viele schwer erkrankte Menschen nicht mehr zum Arzt oder ins Krankenhaus, obwohl sie dringend Hilfe benötigen. Es wird wissentlich, trotz der Gesundheitsgefahren, auf eine Maskenpflicht verwiesen. Arbeitgeber, vor allem im Einzelhandel, tragen dazu bei, ihre Mitarbeiter durch den Zwang in Gefahr zu bringen, da hier keine sachgemäße Aufklärung über die Schädlichkeit des Tragens über längere Zeiträume erfolgte. Arbeitnehmer fühlen sich dem unterworfen, da die Angst um die eigene Existenz geschürt wird.

Als Vertreter der Staatsgewalt und des Volkes, durch uns gewählter und legitimer Parlamentarier, erwarten wir eine unverzügliche Stellungnahme, sofortiges Handeln und die Bereitschaft zu umgehenden persönlichen Gesprächen mit den Unterzeichnern dieses offenen Briefes. Außerdem behalten wir uns vor, Ihr verantwortungsloses Handeln und die Überschreitung Ihrer Kompetenzen juristisch ahnden zu lassen. Wir betrachten die Landesverfassung von Sachsen-Anhalt als gültige Rechtsgrundlage für unsere Forderungen.

**Ein Dokument mit obigem Inhalt wurde am 05.05.2020 in siebenundachtzigfacher (87) Ausführung, an alle Landtagsabgeordneten von ST, übergeben.**



Initiative ProVerfassung Sachsen-Anhalt Email: [proVerfassungSachsenAnhalt@gmail.com](mailto:proVerfassungSachsenAnhalt@gmail.com)